

**Rede des Kollegen und Genossen Kenan Ilhan,
Betriebsrat bei der von der Schließung bedrohten
TSTG Schienentechnik, am 1. Mai im
Landschaftspark Nord in Duisburg – Teil II**

Ich möchte nun auf die Situation von Migrantinnen und Migranten innerhalb der Arbeitswelt und Gesellschaft eingehen.

Wenn mich einer fragt, wohin ich gehöre, antworte ich: „Eine turkmenische Mutter hat mich geboren, Anatolien und die Arbeit in Deutschland haben mich geprägt, Europa hat mich gebildet, meine Heimat ist die Erde und die Welt mein Vaterland!“

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
lasst mich ein Thema ansprechen, dass uns in letzter Zeit sehr schockiert hat!

Deutschland wurde 2011 durch die Nachricht erschüttert, dass ein rechtsextremes Trio über Jahre hinweg kaltblütig Migranten ermordet hat.

Diese Morde sind noch längst nicht vollständig aufgeklärt.

Ebenso undurchsichtig ist die Rolle des Verfassungsschutzes.

Wir fordern hiermit schnellstens eine lückenlose und transparente Aufklärung!

Das sind wir den Hinterbliebenen schuldig!

Die NPD und andere rechtsextremistische Organisationen verstoßen gegen unsere Verfassung, deswegen gehören sie abgeschafft und verboten!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
mit einem Verbot verschwinden natürlich nicht die

rassistischen Ideologien aus den Köpfen.

Eine zukunftsorientierte Integrationspolitik, die den Menschen in den Vordergrund stellt und die Vielfalt als Reichtum sieht, die Gleichstellung vorantreibt, ist auch eine Politik gegen Rechtsextremismus.

Davon sind wir noch weit entfernt.

Rassismus muss mit aller Kraft bekämpft werden.

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Unserer Auffassung nach ist nicht etwa die Integration ein maßgebliches Mittel zur Bekämpfung von Vorurteilen und Diskriminierung, wie die Bundesregierung im »Nationalen Aktionsplan« gegen Rassismus feststellt. Vielmehr ist die Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung eine wesentliche

Voraussetzung für Integration und Partizipation.

Doch diese Themen wurden ausgeklammert.

Schlimmer noch, die Gelder für die antirassistische und antifaschistische Arbeit werden gekürzt. Das ist ein politischer Skandal!

Alle reden über die Zukunft der Jugend.

Festzustellen ist aber: gerade junge Menschen mit Migrationshintergrund haben Schwierigkeiten in den Arbeitsmarkt integriert zu werden.

Rund ein Fünftel der jungen Migranten verlassen die Schule ohne Abschluss, weil die Bildungschancen in Deutschland immer noch von den finanziellen Mitteln der Eltern abhängen.

Selbst ein guter Schulabschluss führt heute nicht

automatisch zu einem Ausbildungsplatz.

Auch der jüngst vorgelegte Duisburger Sozialbericht weist darauf hin, dass Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund weniger bzw. schlechtere Schulabschlüsse in Duisburg erreichen.

Für eine beteiligungsorientierte Bildungspolitik brauchen wir eine klare, offensive Orientierung, interkulturelle Öffnung und Ausbau von Fördermaßnahmen. Denn nur so können wir wesentliche Vorschritte erzielen.

Unser Motto heute: „Soziales Europa“ heißt auch das Recht auf ein menschenwürdiges Leben für neue Zuwanderer aus Süd Ost Europa und deren Familien.

Auch der Deutsche Städtetag hat in einer Frankfurter Erklärung beschlossen: Europäische Integration ermöglichen, Integration in Europa fördern und

stärken.

Europäische Armutswanderungsbewegungen sind zum großen Teil verursacht durch die verfehlte Sozial- und Wirtschaftspolitik der Europäischen Union.

Die dramatischen sozialen Folgen können nicht ohne Hilfen von Bund, Ländern und der Europäischen Union bewältigt werden.

Nachhaltige Integrationsprojekte müssen Teil einer neuen EU- und Bundespolitik werden, die auf sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Entwicklung für alle beruht.

Sonst sind nämlich weitere Fehlentwicklungen und Sozialkatastrophen vorprogrammiert.

Elementare Bedürfnisse wie Krankenschutz,

menschenwürdiges Wohnen und schulische Bildung müssen für Zuwanderer gesichert werden.

Integration ist eine ganzheitliche und gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

So sehr der Aktionsplan der Bundesregierung zur Integration zu begrüßen ist, weist er nach über 50 Jahren politischer Erfahrung immer noch große Mängel auf.

Wir fordern eine zukunftsorientierte Integrationspolitik, die den Menschen in den Vordergrund stellt und die Vielfalt als Reichtum sieht, die Gleichstellung und Teilhabe in allen Bereichen vorantreibt.

Liebe Kollegen und Kollegen

Nach einer von der IG Metall durchgeführten Umfrage sind in den Betrieben Beschäftigte mit

Migrationshintergrund strukturell benachteiligt.

In Beschäftigungsverhältnissen, die eine hohe Qualifikation erfordern und ein sicheres Einkommen versprechen, sind unsere Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund kaum zu finden.

Dagegen sind sie von Leiharbeit häufiger betroffen und in den unteren Lohngruppen eher zu finden, als ihre deutschen Kolleginnen und Kollegen.

Die herkunftsbedingte Diskriminierung auf dem deutschen Arbeitsmarkt spielt noch immer eine große Rolle.

1972 konnten die Gewerkschaften durchsetzen, dass ausländische Kolleginnen und Kollegen als Betriebsräte kandidieren durften.

Die gleichen Rechte zu besitzen, ist für Migrantinnen

und Migranten Grundvoraussetzung für die gleichberechtigte Teilhabe sowohl am gesellschaftlichen als auch am Arbeitsleben.

Gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben setzt gleiche Rechte voraus.

Ohne Partizipation durch politische Gleichstellung, findet keine gesellschaftliche Integration statt.

Ein Dauerthema ist Leiharbeit und prekäre Beschäftigung in den Betrieben.

Der Anteil der Leiharbeiter mit Migrationshintergrund ist immer noch sehr hoch. Wenn wir dem nicht entgegenwirken, wird sich das Problem künftig weiter verschärfen. Daher fordern wir: Gleichen Lohn für gleiche Arbeit!

Solange allerdings nicht überall Tarifverträge gelten, brauchen wir den gesetzlichen Mindestlohn.

Hier gilt es, den ungeschützten bzw. unsicheren Arbeitsverhältnissen entgegenzutreten.

Fakt ist:

Integration hat im Betrieb besser funktioniert als in der Gesellschaft.

Wir fordern: Kommunales Wahlrecht jetzt!

Einen Mindestlohn, von dem man leben kann.

Integration ist die umfassende Teilhabe am politischen, gesellschaftlichen und betrieblichen Leben.

Ohne Gleichbehandlung, Chancenförderung und Rechtssicherheit kann die Integration nicht gelingen.

Daher müssen wir als IG Metall uns weiterhin dafür

einsetzen, dass hierfür die Rahmenbedingungen geschaffen bzw. weiter ausgebaut werden.

Wir müssen uns im Betrieb, in Tarifverhandlungen und in der gesellschaftspolitischen Debatte kritisch einmischen, um diese Situation zu verändern.

Gleiche Bildungschancen für alle

Verbot aller rechtsextremen Organisationen

NPD- Verbot sofort!

Die IG Metall wird unsere Forderungen zur Integration im Rahmen des Bundestagswahlkampfes in den Fokus der Öffentlichkeit rücken.

Ich möchte nun meine Rede mit einem Gedicht von

Nazim Hikmet beenden:

Leben wie ein Baum, einzeln und frei,
und brüderlich wie ein Wald,

Das ist unsere Sehnsucht.

